Prima's bekannte Kindermilch. Trocken-Kelwiche fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankstr. 79.
Seite 2. Sonnabend, 28. April 1894
Nr. 118.

Paris. (Aus Rachm.) Rente 99.75. Italiener 77.50. Spanier 64⅝. Portugiesen 22.00. Türken 20.60. Türkenlose 109.10. Ottomanbank 653.00. Suezkanal 2017.50. Lombarden 243.75. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß). Weizen per April 20.35, per September-Dezbr. 20.80 behauptet. Spiritus per April 33.25, per September-Dezbr. 34.00 stillend. Rüböl per April 65.00, per September-December 48.75, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 136, per Novbr. 144. Roggen per Mai 102, per Juli 104, per October 105.

London. (Privatbericht.) Getreide trägeß, allgemeine Preise unverändert. Weiche Winter-Kaufmehl Hafer flau. Schwimmender Weizen fest, Gerste geschäftslos. Mais ruhig. — Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm im Laufe des gestrigen Vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister und Departementschefs der Königl. Hofstaaten sowie militärische Meldungen im Königl. Schlosse entgegen. — Zur Königl. Tafel bei Ihren Majestäten in Villa Strehlen waren Ihre Durchlauchten der Prinz und die Frau Prinzessin Georg von Schönburg-Waldenburg eingeladen worden.

— Se. Exc. der Königl. sächsische Gesandte am Königl. preußischen Hofe Graf v. Hohenthal und Bergen trat vorgestern hier ein und stieg in Sendig's Hotel „Europäischer Hof" ab. — Se. Durchlaucht Fürst Solms-Hohensolms-Lich nebst Familie, welche den Winter über in Sendig's Hotel „Europäischer Hof" Wohnung genommen hatten, haben sich gestern nach Schloß Lich zurückbegeben.

— Im Diakonissenhause wurde am Mittwoch Nachmittag die Ehre des Besuches der Prinzessin Mathilde, Königl. Hoheit, und Prinzessin Luise, Kabel, Königl. Hoheit, zu Theil. Die Prinzessinnen nahmen eine gegen zwei Stunden währende genaue Besichtigung aller Einrichtungen der Diakonissenanstalt vor. Als Führer dienten ihnen die Herren Hofräthe Dr. Osterloh und Kurprecht, sowie Oberstabsarzt Dr. Heimann.

— Dem Zeichenlehrer an der Bürgerschule in Bautzen, Friedrich Julius Nauschke, ward anläßlich seines Uebertritts in den Ruhestand in Anerkennung seiner langjährigen treuen und ersprießlichen Amtsthätigkeit das Albrechtskreuz verliehen.

— Dem Kanzleibeamten im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Hähnel wurde das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs an Geh. Rath Dr. Ziedler war ursprünglich auf den 30. April in Aussicht genommen, als an dem Tage, an dem er vor 25 Jahren das Amt eines dirigirenden Oberarztes des städtischen Krankenhauses übernommen hatte. Da aber Geh. Rath Dr. Ziedler allen aus Anlaß dieses Jubiläums geplanten Festlichkeiten sich entziehen wollte und zu diesem Zweck einen Stägigen Urlaub angetreten hat, übergab einer die Abordnung des Rathes und der Stadtverordneten die Urkunde, die ihm das Ehrenbürgerrecht Dresdens verleiht, bereits am Dienstag.

— Das „Vaterland" meldet: „Nachdem sich Herr Kammerherr Freiherr v. Friesen veranlaßt gesehen hat, aus dem Vorstande des konservativen Landesvereins auszuscheiden und das Amt eines Vorsitzenden desselben aufzugeben, ist dieses Amt nach einstimmig gefaßtem Beschluß des Vorstandes Herrn Generalkonsul Dr. Schreiber in Leipzig übertragen worden."

— Für die bevorstehende Ersatzwahl des 23. Reichstagswahlkreises Plauen hat sich der Deutschsoziale Landesverband das Ziel gesteckt, die drei verwandten Richtungen der Deutschsozialen, der Jungkonservativen und Reformer für eine Kandidatur zu vereinigen. Hierzu war der Rittergutspächter Wehner-Raschau bei Zschopau ausersehen, der sich jetzt zwar noch konservativ im Landtage nennt, aber schon wiederholt seine deutschsoziale Gesinnung zum Ausdruck gebracht hat. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind indeß gescheitert, und daraufhin wurde von den Deutschsozialen und Reformern der Landtagsabgeordnete Schubert-Obermuhl als Mitbewerbskandidat aufgestellt. Nach Meinung dieser Kreise kann der von der Sozialdemokratie arg gefährdete Wahlkreis nur dadurch der Ordnungsparteien erhalten werden, daß die „christlich deutschsoziale Partei entschieden und energisch für die Wahlagitation eintritt. Bei einer vertraulichen Besprechung mit den Konservativen und Nationalliberalen in Plauen i. V. wurde eine Einigung dahin erzielt, daß ein der konservativen Richtung angehörender Herr gemeinsam als Reichstagskandidat aufgestellt werden soll. Sollte dieser ablehnen, so besteht eine weitere Gemeinschaft vorläufig nicht.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Unter den Registrandenvorlagen figurirt auch ein Schreiben des Rathes, in welchem derselbe mittheilt, daß die den Bau der Ausstellungshalle betr. Pläne und Modelle bis auf Weiteres im rechten Erkammer des Erdgeschosses der Schule an der Silbermannstraße zur Ansicht ausgestellt seien. — Ein Bericht des Rechtsausschusses, den St.-V. Dr. Wielisch erstattet, behandelt die Errichtung eines zweiten Wasserwerkes auf Tolkewitzer Flur. Es handelt sich für jetzt um den Abschluß der Verträge über den Landerwerb, über die grundlegende Entschließung bezüglich des Umfanges und der Leistungsfähigkeit der Anlage und über den Abschluß eines Vertrages mit Herrn Baurath Zalbach. Das Wasserwerk soll täglich 20000 Kubikmeter Wasser, die durch das Reservoir, welches auf der Höhe von Naußlitz erbaut wird, befördert werden sollen, liefern. Gegen die Anlegung dieses Wasserwerkes sind von Seiten der Umwohner von Tolkewitz Beschwerden erhoben worden, dieselben wurden aber von der Königl. Amtshauptmannschaft zurückgewiesen. Das Kollegium tritt heute den Beschlüssen des Rathes bei, welche zunächst dahin gehen, daß man den Ankauf der nöthigen Grundstücke (11 Parzellen in Tolkewitzer Flur genehmigt und die hierzu erforderlichen Mittel, zusammen 155,775 Mk. aus dem Erweiterungsfonds des Wasserwerkes bewilligt und beschließt, daß nunmehr mit der speziellen Planung und Veranschlagung des Werkes vorgegangen, sowie mit Herrn Baurath Zalbach ein diesbezüglicher Vertrag abgeschlossen werde. — Bezüglich der Frage, ob in Dresden anstatt des bisher üblich gewesenen Listen-Wahlsystems bei den Wahlen der Stadtverordneten lieber das Bezirks-Wahlsystem eingeführt werden solle, fällt man heute Entschließung. St.-V. Schriftführer Lewald stellte den Antrag, die Sache auf eine der nächsten Tagesordnungen zu verschieben, da man erst am Tage vorher den sehr umfänglichen Bericht des Rechtsausschusses erhalten und jedenfalls nur in sehr wenig Fällen Gelegenheit gehabt habe, sich in der kurzen Zeit mit dem Inhalte der Schrift genügend vertraut zu machen. — Vicevorsteher Dr. Osterloh bittet dagegen, die Sache heute noch zur Beschlußfassung zu bringen, da bei dieser Angelegenheit ganz sicher vorauszusetzen sei, daß jeder Stadtverordnete genau weiß, wie er in dieser Sache seiner Meinung nach stimmen muß. Die Frage, ob Listenwahl oder Bezirkswahl, sei ja keineswegs eine neue, also auch Jedermann vollständig informirt. Inzwischen trat das Kollegium in die Berathung ein. Zunächst tritt Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel aus: Der Rath habe sich sehr eingehend und Monate lang mit der Frage beschäftigt. Er sei auch jetzt noch nicht zu der definitiven Meinung gekommen, daß das Bezirkswahlsystem das einzig richtige sei, nur glaube er auch, daß es mit der Listenwahl nicht lange mehr fortgehen könne. Mit scharfen Worten rügten Vicevorsteher Hofrath Tomm und St.-V. Dr. Stöckel, daß am Dienstag Abend in einer öffentlichen Versammlung des Miethbewohnervereins bereits der erwähnte Ausschußbericht zur Verhandlung gestellt wurde, der erst am Tage darauf überhaupt in die Hände der Stadtverordneten gerieth. Wie sei — so fragt Dr. Stöckel — dieser Bericht in die Hände des Miethbewohnervereins gekommen. Redner findet das sehr auffällig und läßt durchblicken, daß sich der Vorsitzende des Miethbewohnervereins, St.-V. Winter I, der Indiskretion schuldig gemacht habe. St.-V. Winter I verwahrt sich dagegen, daß es einer freien Versammlung nicht gestattet sein solle, über das, was lange im Munde der Bürgerschaft hin und her gesprochen werde, verhandeln zu dürfen. Er könne nicht einsehen, daß man erst bei Herrn Dr. Stöckel anfragen müsse, ob die oder jene Frage, mit der sich auch das Stadtverordnetenkollegium beschäftigt, jetzt schon diskutirbar sei oder nicht. Auch der Vorsteher, Herr Geh. Hofrath Ackermann, spricht sich dahin aus, daß es sehr bedenklich erscheine, wenn in Vereinen über Stadtverordnetenberichte verhandelt werde, die noch im Collegium nicht zur Sprache gekommen seien. Zur Sache selbst entspann sich nun eine sehr lange Debatte, in welcher sich von vornherein die Stimmung kundgab, daß man jetzt noch den Zeitpunkt nicht gekommen ansehe, um die Bezirkswahl einzuführen. Es ging aus allen Reden hervor, daß wohl kein Wahlsystem geeignet sein würde, das Ideal eines solchen zu erreichen und daß es absolut nur eine Frage der Theorie sei, ob man dies oder jenes System hochhalten wolle. Es ließen sich eben bei jedem System Gründe für und wider in stichhaltiger Weise vorbringen. St.-V. Götte behauptet, die ganze Bürgerschaft verlange ein neues Wahlsystem und ist für die Einführung der Bezirkswahl. Auch St.-V. Winter I steht auf diesem Standpunkte und sagte, daß, wenn man auch heute, wie er wohl herausfühle, die Bezirkswahl ablehnen werde, so werde doch in kürzester Zeit diese Frage wiederum das Kollegium beschäftigen. St.-V. Schriftführer Dr. Stöckel ist zwar für die Bezirkswahlen, aber nicht in der vorgeschlagenen Art. Er macht auf verschiedene Unrichtigkeiten im Rathsbericht aufmerksam und kommt zu dem Schluß, daß man mit solcher Vorlage die Bezirkswahlen nicht herstellen könne. St.-V. Grünberg meint, daß die Listenwahlen, als Dresden noch eine geringe Einwohnerschaft zählte, ganz praktisch gewesen sein möchten, aber jetzt sei dies nicht mehr der Fall. Das System der Listenwahlen werde allgemein getadelt und verworfen. Das Publikum verwerfe zugleich den Wahlschacher, der bisher mit dem Listenwahlsystem getrieben worden sei. Die Leute müßten sich über den Rechtsausschuß verwundern, der an den Bezirkswahlen kein gutes Haar lasse. (Es erhebt sich von allen Seiten sehr geräuschvolle Opposition). Er sehe wohl ein, daß es bei der Strömung, die durch den Saal gehe, vergebene Liebesmühe sein würde, für die Bezirkswahlen einzutreten. Er ergeht sich in langen kritischen Betrachtungen über die Haltung der Stadtverordneten bei den Wahlen; darüber sei er sich vollständig klar, daß die Bezirkswahlen der Menge in kürzerer oder längerer Zeit als reife Frucht in den Schooß fallen müßen. St.-V. Bierling ist für Beibehaltung des Listenwahlsystems und warnt vor den Bezirkswahlen, mit dem Hinweis auf Wurzen, woselbst mit diesem System die Sozialdemokraten die entschiedene Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium erreicht haben. St.-V. Götte beantragt plötzlich Zurückverweisung der ganzen Sache an den Rechtsausschuß. Dieser Antrag findet indeß keine genügende Unterstützung. St.-V. Hartwig I behauptet, daß die Stadtverordneten Winter I, Grünberg und Götte, die da sagten, alle Welt stünde mit der Meinung für die Bezirkswahlen hinter ihnen, sich ganz und gar irrten. Es sei mit den neu eingetretenen Herren, die von außen her gekommen (Winter I, Grünberg rc.) eine bedenkliche Agitation in's Leben gerufen worden, die nicht schön sei. Wenn Jemand nach dem Bezirkswahlsystem an die Wahl in seinem heimischen Bezirke gebunden sei, dann sei er eben nicht mehr frei. Es sei gegen die Listenwahl eigentlich gar kein Vorwurf zu erheben, und es sei nur die Neigung Einzelner, wieder einmal etwas Anderes zu versuchen. Er bemängelt die Rathsvorlage in vieler Hinsicht. Grünberg und Winter I sprächen entrüstet von Stimmenschacher. Als sie aber selbst zur Wahl standen, da fanden sie die Sache ganz gut. St.-V. Grünberg bemerkt, St.-V. Hartwig habe in abgeschmackter Weise über seine (Grünberg's) Anschauungen gesprochen. Vicevorsteher Hofrath Osterloh wendet sich auch gegen das agitationsmäßige Verhalten des Miethbewohnervereins. Er fragt auch, warum man eigentlich die Aenderung des Wahlsystems vornehmen wolle. Ueber die Systeme könne man so und so denken und Niemand könne behaupten, daß das oder jenes System unbedingt zum Guten oder Besten führen müsse. Man mache, wolle man das Bezirkswahlsystem jetzt einführen, einen Sprung in's Dunkle. Man wisse nicht, was dann komme. Also bleibe man bei dem bisherigen System, welches sich bis jetzt ja immer noch bewährt habe. St.-V. Lungwitz stellt endlich einen Antrag auf Schluß der Debatte, der auch zum Beschluß erhoben wird. Vorher werden noch verschiedene Wortplänkeleien zwischen St.-V. Winter I, Hartwig, Dr. Stöckel und Oberbürgermeister Dr. Stübel ausgefochten. Der Referent bemerkt noch ausdrücklich, daß die mehrfach gehörte Aeußerung, daß die Bürgerschaft das allerhöchste Interesse an dieser Frage über den Wahlmodus nähme, ein großer Irrthum zu sein scheine. Die Versammlung des Miethbewohnervereins am Dienstag Abend, auf deren Tagesordnung diese Angelegenheit stand, war von nur 40 oder 70 Bürgern besucht, obwohl der Verein 4000 Mitglieder zählt und auch heute seien die Tribünen im Stadtverordnetensaale sehr schwach besucht. Also — die Bürgerschaft zeige sich gegenüber dieser Frage „kühl bis an's Herz hinan". St.-V. Götte beantragt namentliche Abstimmung. Dieselbe ergiebt mit 52 gegen 12 Stimmen Ablehnung der Bezirkswahlen. Die 12 für die Bezirkswahlen eingetretenen Stadtverordneten waren die Herren: Dr. Bieren, Borack, Gend, Götte, Grünberg, Heßig, Hofrichter, Kleebe, Ohm, Dr. Wielisch, Winter I und Prof. Zeibig. — Betreffs der Errichtung eines Nachtrages zu dem mit dem Staatsfiskus und dem Reichsmilitärfiskus wegen Uebernahme des Weißeritzmühlgrabens in städtisches Eigenthum und in städtische Unterhaltung abgeschlossenen Vertrage wurde beschlossen, den vom Rathe vorgelegten Nachtrag nebst Zergliederungsanbringen mit zu vollziehen, und weiter beschloß man auf Antrag des St.-V. Gmeiner, den Rath um die nunmehrige Vollendung der Ueberwölbung des Weißeritzmühlgrabens zu ersuchen. — Von der Entschließung der Königl. Brandversicherungskammer auf die Petition des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden, welche auf Abänderung der für die Immobiliarbrandversicherung geltenden Klassifikation gerichtet war, nimmt man Kenntniß. — Zur Legung von Gasrohr und zur Verbesserung der Beleuchtung in der zwischen der Löscher- und Allemannenstraße gelegenen Strecke der Wittenbergerstraße werden 4400 Mk. bewilligt. — Von einem Rückschreiben des Rathes auf den Antrag der Stadtverordneten, mittels dessen derselbe um Auskunft behufs Berichtigung falscher Mittheilungen über die den Hausbesitzern durch Uebernahme der Straßenreinigung auf die Stadtkasse zu Theil gewordene Entlastung ersucht worden war, wird Kenntniß genommen und hierbei der Wunsch ausgesprochen, daß Vereine und Korporationen sich in Zukunft bei Erlaß ähnlicher Mittheilungen in die Oeffentlichkeit nur auf authentische Unterlagen stützen und nach keiner Seite hin von der Wahrheit abweichen möchten. St.-V. Hartwig I war hier Referent und es entspann sich zwischen ihm und St.-V. Dr. Bieren ein kurzer Disput. St.-V. Bieren fand es für überflüssig, den oben erwähnten „Wunsch" auszusprechen und kritisirte das Ausschußgutachten als sehr unglücklich in der Form. — Schließlich wurden zur Verlängerung des Wasserhauptrohres in der Lohmannstraße bis zum Martallgrundstück 1850 Mark bewilligt.

— Auch die zweite von der Heilsarmee vorgestern Abend nach dem Trianon berufene Versammlung war wiederum von ca. 170 Personen besucht und in Bezug auf die Vorträge eigentlich nichts weiter als ein Duplikat der vorhergegangenen Versammlung im Tivoli. Nach einem von dem sächsischen „Offizier" Schubert gesprochenen Gebet ergriff der Kapitän Mr. Railton das Wort zu der Frage: „Ist die Heilsarmee eine Arbeiterbewegung?" und führte aus, daß sie dies im Hinblick darauf, daß der größte Theil der Menschheit aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehe, allerdings sei. Redner ging hierauf näher auf die Arbeit und Erfolge der Heilsarmee ein, ohne indeß nach den bereits in der ersten Versammlung gemachten Mittheilungen etwas Neues vorzubringen. Vor Allem wurde auf die große Selbstverleugnung hingewiesen, die ein Offizier bez. eine Offizierin der Heilsarmee an den Tag zu legen hätten. Die auch in dieser zweiten Versammlung wiederholte Bemerkung, daß der sächsische Kapitän Schubert seit 7 Monaten wöchentlich nur 7 Mark für sich und seine Familie der Kasse entnommen habe, obwohl ihm 10 M. zustünden, wurde von einem Theil der Zuhörerschaft mit spöttischen Zurufen beantwortet. Kapitän Schubert, dem hierauf das Wort ertheilt wurde, schilderte, wie er vor 5 Jahren als Werftarbeiter mit den Segnungen der Heilsarmee bekannt geworden und wie glücklich er sich nun fühle. Diese letztere Behauptung erlaubte man sich im Hinblick auf sein Einkommen von 7 M. wöchentlich etwas anzuzweifeln. Fräulein Ebrhardt, Offizier und Redaktrice des Bundesorgans „Kriegsruf", erklärte die Heilsarmee weniger für Arbeiter- als für eine arbeitende Bewegung und wiederholte im Uebrigen, was sie bereits in der ersten Versammlung erklärt hatte. Bei ihrem entschiedenen Vortragstalent kann man sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Dame ihren Beruf gründlich verfehlt hat. Ihre Bemerkung, daß die Heilsarmee dahin strebe, alle Menschen glücklich und zufrieden zu machen, wurde von einigen Zuhörern mit dem Rufe: „Wir Sozialdemokraten auch" apostrophirt. Auch Mr. Railton, der zum Schluß nochmals sprach, wurde wiederholt durch höhnische Zurufe unterbrochen, und schließlich machte man von verschiedenen Seiten das Verlangen nach einer Debatte geltend, dem jedoch nicht stattgegeben wurde. Der Eindruck, den der Verlauf der Versammlung auf jeden Unbefangenen machen mußte, dürfte zu der Ansicht berechtigen, daß die Heilsarmee in Dresden herzlich schlechte Geschäfte gemacht hat.

— Die Zeit, wo man mit Gewinn am inneren Menschen und in fröhlicher Erhebung über Gottes Schöpfungspracht den Königl. Palaisgarten in der Neustadt Dresdens aufsucht, ist gekommen. Denn der Hollunder, die Gold-Johannisbeere, Ahornbäume, zahlreiche Tulpen und andere Blumen sind in Blüthe; die grünen Wände der Heckenbuche im französischen Theil des Gartens sind erwacht; die Epheuranken ziehen sich über die grasigen Hänge am Schlosse; die Mandelbäume, der weichhaarige Pirus Amelanchier, die Frosythien und anderes blühen bereits ab; aber das herrliche Laub der Roßkastanien mit seiner im Sonnenscheine fast leuchtenden Kraft, die fremden Eichen, Tarodien, Tulpenbäume, schlitzblätterigen Birken rc. geben die herrlichsten Coulissen zu Seiten der erhischten Wiesenflächen und ein Blick vom Hügel auf die Blumenbeetstickerei unter uns ist nicht minder labend als jener auf die hier sichtlichen, wichtigsten Monumentalbauten Dresdens oder der auf die lieblichen Elbufer der Ferne.

— Laut polizeilicher Verfügung soll in Zukunft streng darauf gesehen werden, daß die Straßenbahnwagen nur an den Stationen halten dürfen, um Passagiere aufzunehmen oder abzusetzen, da das seither übliche öftere Halten nicht nur eine unangenehme Verlangsamung der Fahrten zur Folge hat, sondern auch das hinter den Straßenbahnwagen fahrende Privatfuhrwerk am Vorwärtskommen hindert. Dazu kommt als weiterer Grund, daß das öftere Anziehen der Wagen für die Pferde eine Quälerei bedeutet. Das Publikum muß und wird sich daran gewöhnen, die Stationstafeln zu beachten, wie dies anderwärts auch geschieht.

— Einem in der Annenstraße etablirten Kaufmann wurde am Mittwoch Nachmittag aus der Ladenkasse ein Geldbetrag von vielleicht zwanzig Mark gestohlen. Es hatte während seiner Anwesenheit in einem Nebenraume irgend Jemand, ohne daß die Thürglocke ertönte, sich einzuschleichen gewußt. Wie schon mitgetheilt wurde, sind auf diese Weise in letzter Zeit hier mehrfach Diebstähle ausgeführt worden.

— In Altstriesen wurde in vorvergangener Nacht eine größere Partie Wäsche, die in einem Garten zur Bleiche ausgelegt war, gestohlen. Zwei vielbestrafte Arbeiter wurden als die Diebe ermittelt und dingfest gemacht. Auch die Wäsche ist wieder zur Stelle geschafft.

— Vorgestern Nachmittag wurde auf der Schandauerstraße eine junge Dame, die mit einem Herrn Dreirad fuhr, durch einen Steinwurf empfindlich verletzt. Der Stein flog ihr gerade in's Gesicht, sodaß die Backe heftig blutete. Der Attentäter wurde später von der Bezirkspolizei in der Person eines 10 Jahre alten Knaben ermittelt, welcher aus Uebermuth nach der Dame geworfen hatte.

— Der mehrjährige Badearzt in Wörishofen, Herr Dr. Werminghausen, hat sich seit Kurzem als dirigirender Arzt einer Kneipp'schen Wasserheilanstalt in Schandau niedergelassen und alle Vorkehrungen getroffen, Leidenden und Kranken eine sorgfältige, streng im Kneipp'schen Sinne angewendete Kur angedeihen zu lassen. Die im Kurhaus in Schandau hierfür durchgeführten Einrichtungen an Wasser- und Badeanlagen sind für alle Arten der Kur ebenso komfortabel als zweckentsprechend und damit keiner der Vortheile fehle, die Wörishofen bietet, hat man u. A. auch eine große Wiese und einen Wasserkanal zum Barfußgehen eingerichtet, vollständig abgeschlossen vom allgemeinen Verkehr. Für Unterkunft der Gäste ist nach allen Richtungen gesorgt. Im Kurhaus und in dem damit verbundenen Logirhause wird eine durchaus nach Kneipp'schem System bereitete Kost verabfolgt und volle Pension incl. Wohnung schon von 5 Mark pro Tag geboten. Die ärztliche Behandlung erfolgt, dem Zustande jedes Einzelnen genau angepaßt, nach dem Kneipp'schen System, das Dr. Werminghausen durch langjährige Praxis unter Pfarrer Kneipp in Wörishofen in allen Einzelheiten kennen gelernt hat. Die Stadt Schandau, an deren Südostseite die Wasserheilanstalt liegt, hat bekanntlich eine anmuthige und in sanitärer Beziehung sehr günstige Lage, ist gegen die Einwirkung rauher Winde nach Norden und Osten durch mit Nadel- und Laubholz bewaldete Höhenzüge geschützt und nach Süden den erwärmenden Strahlen der Sonne geöffnet. Mit der Errichtung der Anstalt ist nicht nur für alle Diejenigen, die einer Kneipp'schen Kur im Hinblick auf die weite und beschwerliche Reise nach Wörishofen entsagen müssen, eine vortheilhafte Gelegenheit zum Kurgebrauch geschaffen, sondern es ist damit auch ein wesentlicher Vorzug für Nachkur-Gäste in's Leben gerufen, der die volle Beachtung aller Interessenten verdient.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Aus Abbazia wird gemeldet: Zu Ehren der deutschen Kaiserin wurde Donnerstag Abend an Bord des „Moltke", dessen Masten mit elektrischem Lichte beleuchtet waren, ein Feuerwerk veranstaltet, welches ein Feuerwerk vom Parke aus erwiederte, während am Meere ein venetianisches Fest stattfand. Zahlreiche illuminirte Schiffe und Boote, darunter zwei mit Sängern und Musikern, kreuzten längs des dichtbesetzten Ufers.

Die Depesche des deutschen Kaisers an die Stadt München wegen des Testamentes des Grafen Schack hat folgenden Wortlaut: „Ich ersehe aus den Telegrammen, daß Graf Schack Mir eine Bildergalerie vermacht hat. Dieser den Münchener Künstlern und Bürgern sowohl, als allen Deutschen liebgewordene Kunstschatz soll München erhalten bleiben. Möge Münchens Bevölkerung hieraus einen neuen Beweis Meiner kaiserlichen Huld und Meines Interesses an ihrem Wohlergehen ersehen, ebenso wie Ich Mich freue, in Ihrer schönen Stadt ein Haus als kaiserliches Wahrzeichen zu besitzen, in dessen Hallen ein jeder Anhänger der Kunst Mir willkommen sein soll. Wilhelm Imperator Rex." Anläßlich dieser kaiserlichen Sympathiebezeugung für die Stadt München versammelten sich die beiden Gemeindekollegien im Saale der Gemeindebevollmächtigten zu einer Kumulativsitzung, in der Bürgermeister Borscht u. A. ausführte, daß die Worte eine hochbedeutsame Manifestation seien, die nicht nur in München allein, sondern allüberall im Lande Bayern mit unaussprechlicher Freude, mit tiefgefühltestem Dank, mit höchster Befriedigung aufgenommen würden. Aus diesem neuerlichen Ausdruck kaiserlicher Huld und Gnade spreche eine Ritterlichkeit der Gesinnung, eine Hoheit des Denkens und Fühlens, die die Münchener Bevölkerung auf das Höchste beglückt. Daß die Schack'sche Galerie ihrem Entstehensorte München erhalten bleibt, würde mit der freudigsten Genugthuung empfunden. Was aber dieser Thatsache eine über das Gebiet der Kunst weit hinausgehende Bedeutung verleiht, sei die Form, wie der Kaiser die Erhaltung dieses Schatzes gesichert hat. Wie einst im Mittelalter deutsche Reichsstädte um den Preis wetteiferten, die deutschen Reichskleinodien in sicherer Obhut halten zu dürfen, so werde auch die Stadt München es sich zur höchsten Ehre rechnen, in der Schack'schen Galerie nicht nur die kostbare Sammlung vollendeter Kunstwerke, sondern ein herrliches Wahrzeichen unserer innigen Verbindung mit Kaiser und Reich zu hüten. Um die Empfindungen, welche die Münchener Bürgerschaft durchdringen, zum Ausdruck zu bringen, beantragte Redner zum Schluß: 1) eine Deputation beider Gemeindekollegien nach Berlin zu entsenden, welche dem Kaiser den innigsten Dank abstattet. 2) in der Galerie selbst mit Genehmigung Seiner Majestät eine Gedenktafel aus Marmor anzubringen, welche die herrlichen Worte des Kaisers an die Münchener Bürgerschaft für alle Zukunft überliefert.

Ein zehntägiger Besuch des Prinzen Heinrich am russischen Hofe wird, wie gemeldet, demnächst erfolgen. Eine politische Bedeutung, versichert die „Magd. Zeitung" mit wichtiger Miene, ist, wenigstens unmittelbar, diesem Besuche nicht beizulegen. Nach ganz zuverlässigen Berichten ist die augenblickliche Stimmung des Czaren für Deutschland außerordentlich günstig — zur Zeit des Fürsten Bismarck hat man im Deutschen Reich den Teufel nach der augenblicklichen Stimmung des Väterchens gefragt —. Prinz Heinrich überdies erfreut sich bei dem russischen Hofe überaus lebhafter Sympathien. Es wird mit großer Betonung versichert, daß es im Laufe dieses Sommers jedenfalls zu einer Begegnung des deutschen Kaisers und des Czaren kommen werde.

Die „Nordd. Allg. Ztg." kündigt für die nächste Reichstagssession die Wiederaufnahme der Tabakfabrikatsteuer-Vorlage an.

Das Gerücht, der Reichstag würde im Laufe des Sommers zu einer kurzen Tagung wegen Erledigung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages berufen werden, ist ohne jede thatsächliche Grundlage.

Der Dowe'sche Panzer hat am Dienstag Nachmittag in Berlin die eingehendste Probe von allen zu bestehen gehabt. Vor Offizieren vom Ingenieurkorps und von der Artillerie, und zwar in Gegenwart des Obersten Götze vom Patentamt, mußte Dowe den Panzer anlegen. Offiziere hatten Patronen für das jetzige Infanteriegewehr (Modell 88) mitgebracht und luden eigenhändig das Gewehr, daß Martin später auf Dowe abschoß. Der Panzer hielt diesmal ebenso Stand, wie früher, sodaß nach dem Urtheile der Sachverständigen die Erfindung auch für Militärzwecke nutzbar, wenn auch in der jetzigen Gestalt zur Panzerung des einzelnen Mannes nicht verwendbar, ist. Weiterhin hat eine Probe mit der Original-Militärpatrone auch vor dem Geheimen Ober-Medizinalrath Dr. v. Bardeleben stattgefunden, nachdem gelegentlich des Chirurgischen Congresses die Ansicht ausgesprochen worden war, daß der Panzer der Militärpatrone nicht standhalten werde. Herr v. Bardeleben, wie auch die am Dienstag versammelten Offiziere haben dem Mannheimer Schneidermeister schriftlich bescheinigt, daß „die Erfindung sich als absolut kugelsicher erwiesen und daß Dowe von den auf ihn abgegebenen Schüssen keine Belästigungen verspürt habe". Im Uebrigen ist auf Wunsch der Stabsoffiziere noch auf den Panzer in hängender Lage und an einem Brett stehend in schräger Richtung geschossen worden. Das Ergebniß zeigte keine Abweichung von dem früheren.

Der „Rhein. Courier" schreibt: „Rechtlich besteht für den Herzog Alfred von Koburg natürlich kein Hinderniß, eine englische Apanage zu nehmen, die ihm vermöge seiner Mitgliedschaft in dem englischen Herrscherhause gezahlt wird, aber nach wie vor müssen